
24. November 2004

Siegmond Ehrmann (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD in der Enquete-Kommission
'Kultur in Deutschland'

Eckhardt Barthel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages
Kulturpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Ursula Sowa (Bündnis 90/Die Grünen)

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen
in der Enquete-Kommission 'Kultur in Deutschland'

Antje Vollmer (Bündnis 90/Die Grünen)

Mitglied des Deutschen Bundestages
Kulturpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Schluss mit den Gerüchten - Künstlersozialkasse bleibt erhalten!

Die Mitglieder der Enquete-Kommission 'Kultur in Deutschland' Siegmund Ehrmann (SPD), Eckhardt Barthel (SPD), Ursula Sowa (Bündnis 90/Die Grünen) und Antje Vollmer (Bündnis 90/Die Grünen) erklären anlässlich tausender Mail- und Briefzusendungen betroffener Künstlerinnen und Künstler, die eine Abschaffung der Künstlersozialkasse befürchten.

Die Künstlersozialkasse (KSK) ist eine bedeutende Errungenschaft zur sozialen Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern. Wer sie abschaffen oder zur Disposition stellen will, verkennt die soziale Lage von Künstlerinnen und Künstlern in Deutschland.

SPD und Grüne sind in die Anhörung der Enquete-Kommission 'Kultur in Deutschland' zur Zukunft der Künstlersozialkasse am vergangenen Montag unter der Voraussetzung gegangen, dass die Künstlersozialkasse als solche nicht in Frage steht. Die soziale Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern ist der Enquete-Kommission ein Hauptanliegen. Gegenstand der Beratungen ist die Finanzierung der Künstlersozialkasse, die sich aus Beitragszahlungen der Mitglieder, der

Verwertergemeinschaft und einem 20-prozentigen Bundeszuschuss zusammensetzt – und nicht die Frage, *ob* die Künstlersozialkasse erhalten bleiben soll.

Wir treten daher Falschmeldungen und Fehlinformationen entschieden entgegen, dass im Rahmen der Enquete-Kommission Pläne zur Abschaffung der KSK beraten würden. Das Gegenteil ist der Fall.

Zur Klarstellung: Die aktuelle Verunsicherung ist dadurch entstanden, dass – für uns völlig unverständlich – die Vorsitzende der Enquete-Kommission, Gitta Connemann (CDU), in einer Pressemitteilung im Vorfeld der Anhörung die Frage formuliert hat: „Soll die KSK erhalten werden, *kann* sie überhaupt erhalten werden?“ *Diese* Frage stellt sich uns nicht, und wir verstehen nicht, warum Frau Connemann sie gestellt hat.

Noch bedenklicher ist allerdings, dass der kulturpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Günter Nooke, in einer aktuellen Pressemitteilung erneut Öl ins Feuer gegossen hat. Nooke behauptet, die KSK würde zu einer ‘Künstleralmosenkasse’ degenerieren und sei als solche in ihrer Existenz bedroht.

Diese Position ist nicht die der rot-grünen Koalition. Unser Ziel ist und bleibt es, die KSK für die Zukunft zu sichern.